

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach, 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Karl Ravens MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag, verurteilt die Buschhaus-Politik des niedersächsischen Ministerpräsidenten: Albrecht will Bundestag übergehen.

Seite 1

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, erinnert an den französischen Politiker Jean Jaurés, der vor 70 Jahren ermordet wurde: Er wollte die deutsch-französische Verständigung.

Seite 2

Armin Claus MdL, Hessischer Sozialminister, warnt vor Verstößen gegen das Tierschutzgesetz: Hilflose Kreaturen nicht quälen.

Seite 4

Hans Günter Naumann MdL, Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, macht einen Vorschlag im Interesse der Bundesbahn: Döllinger und Kiechle sollen rotieren.

Seite 5

39. Jahrgang / 144

30. Juli 1984

Albrecht will Bundestag übergehen

Zur Buschhaus-Position des niedersächsischen Ministerpräsidenten

Von Karl Ravens MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Eine Inbetriebnahme des Kraftwerkes Buschhaus ohne Entschwefelungsanlage wäre mehr als eine umweltpolitische Fehlentscheidung. Sie würde der parlamentarischen Demokratie Schaden zufügen. Der Bundestag hat gerade vor vier Wochen einstimmig entschieden, daß Buschhaus ohne Entschwefelung nicht ans Netz gehen soll. Zu den weiteren Forderungen des Bundestages gehörte die sofortige Senkung der Luftverschmutzung im Raum Helmstedt und die Sicherung der Arbeitsplätze bei der BKB. Die Bundesregierung hat gegen den Beschluß des Bundestages weder rechtliche noch finanzielle Bedenken erhoben. Heute tun Bundesregierung und Landesregierung so, als wäre der Bundestag nicht kompetent. Damit setzt die Bundesregierung den schlechten Regierungsstil fort, den sie schon in der Amnestiefrage praktiziert hat.

Dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht ist vorzuwerfen, nicht genügend Druck auf die Bundesregierung ausgeübt zu haben, den Beschluß des Bundestages wortgetreu und singemäß auszuführen. Er hat sich vielmehr an dem Versuch beteiligt, den Bundestag kaltschnäuzig zu übergehen.

Nun müssen sich Bundesregierung, Landesregierung, Geschäftsleitung der BKB und die Gewerkschaft Bergbau und Energie zusammensetzen, um Lösungen für die Arbeitsplätze zu finden, die nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden. Dies wird das Unternehmen sicher Geld kosten. Bund und Land müssen bereit sein, aus regionalpolitischen Gründen zu helfen. (-/30.7.1984/rs/fr)

+ + +



Zum 70. Todestag von Jean Jaurès

Der französische Sozialdemokrat und Pazifist wurde am 31. Juli 1914 erschossen

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Am 31. Juli jährt sich zum 70. Mal der Todestag von Jean Jaurès. Ein Fanatiker erschöß ihn am 31. Juli 1914 in Paris in der aufgepeitschten Stimmung der Entwicklung, die wenige Tage später in den ersten Weltkrieg mündete.

Jaurès war Sozialdemokrat und Pazifist. Und er war im Gegensatz zu den meisten seiner Landsleute zur Verständigung mit dem Deutschen Reich bereit. Das war schwer im Frankreich jener Zeit. Für die radikale Rechte war die Gleichung denkbar einfach: Jaurès, das ist Deutschland. Nur, so einfach war die Gleichung nicht: Jaurès war gegen den Krieg. Er sah die Gefahr, die aus den Bündnismechanismen des Jahres 1914 entstehen konnte. Er warnte die französische Regierung vor einer zu engen Anlehnung an Rußland. Als ihn die Kugel des Mörders im Café Croissant in Paris traf, hatte Jaurès eben eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Viviani hinter sich, in der er die Regierung im Auftrag der Sozialisten beschworen hatte, mäßigend auf Rußland einzuwirken, damit es nicht zum Krieg komme.

Jaurès glaubte, eine weitere scharfe Waffe gegen den Krieg in der Hand zu haben: Die Solidarität der Arbeiterbewegung. Für ihn stand fest, daß ein Generalstreik in dem vom Krieg bedrohten Ländern ein besonders wirksames Mittel zur Verhinderung des Krieges sei. Für die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung arbeitete Jaurès mit ganzer Kraft. Noch im Jahre 1913 hatte er im Berliner Lustgarten vor deutschen Arbeitern sprechen wollen - das Verbot der Reichsregierung hinderte ihn daran.



Jaurès blieb im Jahre 1914 erfolglos. Seine Politik ist gescheitert. Man hat ihn, vielleicht nicht zu Unrecht, den ersten Gefallenen des Weltkrieges genannt. Er wurde Opfer des Unvermögens seiner Mitmenschen zum Ausgleich und zur Gewaltlosigkeit. Die Aufgeregtheit seiner Zeit verlangte nicht nach dem Pazifisten und nicht mehr nach der Verständigung der Völker. Umso tragischer ist sein Tod und sein Scheitern, als das von ihm beschworene Bündnis der Arbeiterbewegungen der kriegsführenden Länder nicht zustande kam - in Frankreich so wenig wie in Deutschland.

Wir wissen heute, wie schwer und lang der Weg aus der "Erbfeindschaft" zwischen Deutschen und Franzosen war. Es bedurfte vieler Jahre, eines weiteren Krieges und der Arbeit von Männern wie Aristide Briand, Gustav Stresemann, Konrad Adenauer und Charles de Gaulle bis die deutsch-französische Verständigung und Zusammenarbeit ein in unseren Völkern verwurzeltes Faktum wurde. Man mag verzweifelnd sinnieren über die Langsamkeit historischer Prozesse - wichtiger scheint mir die Erkenntnis, daß derjenige, der zum Frieden und zur Verständigung mahnt, einen langen Atem braucht. Daß er die von ihm als richtig erkannten Ziele auch dann mit Beharrlichkeit verfolgt, wenn alle anderen abweichender Meinung sind. Diese Erkenntnis hat nicht nur historische Bedeutung für die Einschätzung der Rolle von Jean Jaurès im langen Prozeß der deutsch-französischen Verständigung; sie mag auch Ermutigung und Kraftquelle für diejenigen sein, die heute für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung eintreten.

(-/30.7.1984/va-he/rs)

+ + +



Tiere sind keine Sache!

Veterinärämter wachen über die Einhaltung des Tierschutzgesetzes

Von Armin Clauss MdL

Sozialminister des Landes Hessen

Als Verantwortlicher in der hessischen Landesregierung für den Tierschutz habe ich die Staatlichen Veterinärämter in Hessen angewiesen, die Zahl ihrer Kontrollen weiter auszubauen und genau über die Einhaltung des Tierschutzes zu wachen. Verstößen privater sowie gewerblicher Halter muß umgehend nachgegangen werden. Den Jahresbericht der Veterinärverwaltung in Hessen über die Einhaltung des Tierschutzes im vergangenen Jahr sehe ich als erschreckend an. Nur als Spitze eines Eisberges bewerte ich die im vergangenen Jahr durchgeführten elf Straf- und 136 Bußgeldverfahren gegen Tierhalter, die ihre Tiere ganz offensichtlich quälten und als "Blitzableiter" benutzten.

Da ließ zum Beispiel ein Landwirt im Landkreis Hersfeld-Rotenburg sein einjähriges Fohlen mit gespaltenem und geknicktem Vorderhuf monatelang ohne tierärztliche Behandlung - bevor es geschlachtet wurde. Die Veterinäre im Main-Kinzig-Kreis mußten ein Shetland-Pony sicherstellen, das ständig im dunklen und stickigen Keller gehalten wurde. Inzwischen wurde auch die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Ebenfalls bei der Staatsanwaltschaft anhängig ist ein Verfahren gegen den Betreiber einer Reithalle, der ein Pferd so sehr schlug, daß es blutig verkrustete Risse und fingerdicke Schwellungen im Bereich des Unterbauches erhielt. Schläge, Tritte und der Gebrauch von Sporen setzten dem Pferd in unerträglicher Weise zu.

Über 1.000 DM Geldstrafe mußte ein Rentner in Mittelhessen zahlen, der den Hund seines Nachbarn mit einem schweren Stock erschlagen hatte. Von einem Frankfurter Ehepaar wurde eine trächtige Hündin über mehrere Tage ohne Aufsicht in der Wohnung zurückgelassen. Sie konnte nur durch die Nachbarn über den Balkon und eine aufgebrochene Tür versorgt werden. Das Veterinäramt im Vogelsbergkreis verfolgte einen Fall, bei dem ein Hund an der Leine hinter einem Auto nachlaufen mußte und wegen Erschöpfung eine große Strecke nur noch mitgeschleift wurde. Der Hund erlitt erhebliche Verletzungen. Neben einer Geldbuße der Veterinärverwaltung steht dem Hundehalter auch ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft ins Haus.

In vielen Fällen ist Nachlässigkeit, und vor allem aber das Nichtfertigwerden mit dem Tier, die Ursache von Grausamkeiten. Äußerst bedenklich ist die Haltung, daß "Herrchen" sein kühles Helles trinkt, während der durstige Hund im verschlossenen Auto vor Hitze umkommt. Ich appelliere daher an alle Tierhalter: Tiere sind keine Objekte, keine Sache, sondern lebende Kreaturen. Sie haben ein Recht auf Liebe und Verantwortung. Die Tierfreunde sollen sich an die Staatlichen Veterinärämter wenden, wenn sie in ihrem Lebensumkreis Verstöße gegen das Tierschutzrecht feststellen.

(-/30.7.1983/vo-he/rs)

+ + +



Im Interesse der Bundesbahn**Dollinger und Kiechle sollen rotieren**

Von Hans Günter Naumann MdL

Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die Bundesregierung will auch nächstes Jahr, wie dem Haushaltsentwurf für 1985 zu entnehmen ist, die Bundesbahn auf dem finanziellen Abstellgleis belassen. Obwohl die Bundesbahn sich seit der "Wende" in einer schweren Investitionskrise befindet, weil die Bundesleistungen real zurückgefahren wurden, sollen die Bahnzuschüsse 1985 lediglich um 600 Millionen Mark aufgestockt werden. Damit können noch nicht einmal die Inflationsraten der letzten Jahre ausgeglichen werden. Die SPD-Landtagsfraktion fordert daher die Staatsregierung auf, sich für eine deutliche Erhöhung der Investitionszuschüsse an die Bahn einzusetzen. Alle eigenen Anstrengungen der Bahn könnten nur dann Erfolg haben, wenn die Bundesregierung insbesondere die Finanzierung des Streckenneubauprogramms stärker als bisher unterstützt.

Entgegen allen Zusagen und Versprechungen sind auch im dritten "Wende"-Haushalt die öffentlichen Investitionen auf Sparflamme: Der Verkehrshaushalt, Hauptträger der Bundesinvestitionen überhaupt, soll nach dem Kabinettsbeschluss um ganze zwei Prozent steigen (zum Vergleich der Agrarhaushalt: 5,4 Prozent). Obwohl seit Jahren wegen zurückgehender Investitionszuschüsse die Bahn sich teuer verschulden muß, um auch nur dringendste Projekte zu finanzieren, ist auch 1985 keine Beendigung ihrer Investitionskrise in Sicht: Der S-Bahn-Ausbau ist gestoppt, Verkehrsverbünde kommen nicht zustande, Bahnhofsmodernisierungen werden gekappt (München!) und die Fahrpläne weiter ausgedünnt. Sachverständige schätzen für die Bahn allein bis 1990 einen Investitionsbedarf von 40 Milliarden Mark, um durch Leistungssteigerung den Wettbewerb mit der Straße bestehen zu können.

Auch die immer wieder verlangte Gleichbehandlung mit dem Fernstraßenbau findet 1985 nicht statt: Die Bahn kann 3,4 Milliarden investieren, die Straßenbauer fünf Milliarden Mark. Die Beschlüsse des Bayerischen Landtags, unterstützt vom bayerischen Ministerpräsidenten persönlich, die Bundesregierung solle die Zuschüsse um jährlich zwei Milliarden aufstocken, kann man vergessen. Die Staatsregierung kann oder will sich nicht durchsetzen.

Im Interesse der Deutschen Bundesbahn schlage ich deshalb einen Ämtertausch Dollinger/Kiechle vor. Kiechle hat sich bei der Beschaffung von Steuermitteln für die Landwirtschaft als so fähig erwiesen, daß nunmehr die Bundesbahn einen Anspruch hat, in den Genuß dieser seiner besonderen Begabung zu gelangen. Diese Art von Rotation ist verfassungsrechtlich unbedenklich, da sie bayerischen Interessen dient. Der mögliche Einwand, Dollinger verstände nichts von Agrarpolitik, erübrigt sich, nachdem seine Bestallung zum Verkehrsminister auch nicht gerade plausibel erschien.

(-/ .7.1984/ks/rs)

+ + +

